



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Systemrelevanz der Medien anerkennen! Existenz bayerischer Medienunternehmen und Medienschaffender sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie wird die Staatsregierung aufgefordert, folgendes Konjunkturprogramm für die Medienunternehmen und Medienschaffenden in Bayern umzusetzen, das im Vollzug des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) liegt:

1. Die Systemrelevanz der Medien wird durch ein spezifisches Konjunkturprogramm anerkannt. Es wird ein Soforthilfefonds eingerichtet, aus dem existenzgefährdete bayerische Zeitungs- und Zeitschriftenverlage sowie kleine und mittelständische bayerische Medienunternehmen zunächst für das Jahr 2020 90 Prozent ihres Umsatzniveaus von 2019 erhalten. Ergibt sich Ende 2020, dass ein Teil der entgangenen Einnahmen nach Ende der Krise wieder aufgeholt werden konnte, werden diese mit den geleisteten Hilfen verrechnet und durch die Medienunternehmen zurückgezahlt. Der Fonds wird durch die BLM als unabhängige Behörde verwaltet.
2. Es wird ein Innovationsmittelfonds zur Unterstützung des Transformationsprozesses der Medien eingerichtet. Diese Mittel werden ebenfalls durch die BLM vergeben.
3. Die Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften gerade im ländlichen Raum wird gefördert.
4. Solo-Selbständige/Freie Journalistinnen und Journalisten werden rückwirkend ab März 2020 mit mindestens 1.180 Euro pro Monat unterstützt.
5. Die Sender- und Leitungskosten aller bayerischen Lokalsender, die normalerweise an die Bayerische Medientechnik (bmt) gezahlt werden, werden rückwirkend ab März durch den Freistaat übernommen, bis sich die Einnahmesituation der Sender wieder normalisiert hat.

Begründung:

In dieser Krise wird sehr deutlich, welche Bereiche systemkritisch für uns sind. Der Gesundheitssektor gehört unzweifelhaft dazu, natürlich die Versorgung mit Lebensmitteln, aber auch der Zugang zu unabhängigen und sorgfältig recherchierten Informationen.

Weit mehr Menschen als sonst fragen derzeit journalistische Qualitätsmedien nach, um sich über die aktuellen Entwicklungen zu informieren. Doch das strukturelle Problem, dass Medienerzeugnisse nicht adäquat bezahlt werden, obwohl sie dringend nötig sind,

wird in Krisenzeiten wie diesen noch offensichtlicher. Eine neue Verlagskrise und ein weiteres Zeitungssterben stehen uns bevor. Medienhäuser und Rundfunkanbieter jeder Größe sehen sich in Existenznot, nicht nur lokale oder regionale. Der Werbemarkt ist dramatisch eingebrochen, eine schnelle Erholung ist nicht in Sicht. Verlage melden Kurzarbeit an, freie Journalistinnen und Journalisten bekommen keine Aufträge mehr, aber bisher auch keine Soforthilfen. Wir befinden uns in einer sehr ernstesten Situation, was den Erhalt unserer Medienlandschaft betrifft. Medienanbieter müssen nun ihre Kreativität und ihre Innovationskraft unter Beweis stellen und die Menschen, die ihren Wert gerade jetzt in der Krise erkennen, an sich binden. Nur dann wird es ihnen gelingen, gestärkt aus dieser Krise hervorzugehen und die Medienvielfalt in Bayern kann dauerhaft erhalten bleiben. Doch über ein reduziertes Angebot und weniger journalistische Arbeit wird dies sicherlich nicht erreichbar sein. Daher ist es nun unsere vordringliche Aufgabe, der Medienbranche in Bayern den dafür nötigen Mut und den nötigen Rückhalt, aber auch die dafür nötige finanzielle Unterstützung zu geben. Unsere Aufgabe ist es, diese systemrelevante Branche zu retten und dabei die Staatsferne der Medien zu wahren.